



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009

Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigt ihre schrittweise Umsetzung der Reformen  
(27. November 2006)

Ein Jahr nach ihrer Wahl verteidigt Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Dresdener Parteitag der CDU ihre Entscheidung für eine langsame Annäherung an die grundlegenden in ihrer Wahlkampagne angekündigten Reformen und nennt als Grund den begrenzten Handlungsspielraum der großen Koalition mit der SPD, bleibt aber gleichzeitig trotz deren geringer Popularität bei ihrer früheren Agenda.

---

**Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, auf dem 20. Parteitag am 27. November 2006 in Dresden**

[ . . . ]

Heute stehen wir ganz selbstverständlich zu unserem Land, zu unserer Sprache, zu unserer Kultur und unserer Verfassung. Wir spüren auf einmal die Lebendigkeit, das Mitreißende unserer freiheitlichen Werte.

[ . . . ]

Und dann die haushaltspolitische Bilanz. Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen endlich wieder wahr. Der Haushalt entspricht endlich wieder den Vorgaben des Grundgesetzes, wir haben die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, die Maastricht-Kriterien werden seit Jahren das erste Mal wieder eingehalten. So beenden wir schrittweise das Leben von der Substanz.

Schließlich die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bilanz. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahr um fast eine halbe Million Menschen zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Das Wirtschaftswachstum ist doppelt so hoch wie 2005. Immer weniger Unternehmen gehen pleite. Die Preissteigerung flacht ab. Die Lohnzusatzkosten sinken. Das sind Erfolge, auf denen wir aufbauen können.

Liebe Freunde, ich will nichts beschönigen. Wir haben 2005 wahrlich Wahlkampf für eine andere Koalition gemacht. Aber bei aller Aufrichtigkeit, mit der wir unsere Arbeit insgesamt

bewerten – eines dürfen wir nicht übersehen: Auf eine Bilanz einer Regierungsarbeit, wie wir sie nach einem Jahr vorlegen können, haben die Menschen seit Jahren gewartet!

Sie haben darauf gewartet, dass sich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt etwas bewegt! Und genau das haben wir geschafft!

Dabei wissen wir: Die Menschen haben Angst, dass die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft keinen Bestand haben. Dass es wieder einmal nur ein kurzes Strohfeuer sein könnte. Darum müssen wir alles daran setzen, dass es dauerhaft aufwärts geht. Denn Vertrauen der Menschen setzt Verlässlichkeit in der Politik voraus.

Deshalb müssen wir die positiven Ergebnisse unserer Politik verstetigen. Nachhaltig machen. Unumkehrbar machen.

Damit die Menschen neue Hoffnung schöpfen.

Und um das zu schaffen, müssen wir uns eines klar machen: Es gibt nicht die eine „Großmaßnahme“, die Deutschland gesunden lässt. Manchmal habe ich den Eindruck, manche warteten auf den Urknall und dann werde alles schon wieder gut. Das gibt es nicht, das ist Träumerei und hat nichts mit realer Politik zu tun.

Was wir aber leisten müssen, das ist die Kombination der vielen richtigen Schritte. Das ist das Erfolgsprinzip, nach dem wir bislang gegangen sind. Das wird das Erfolgsprinzip sein, nach dem wir weiter vorgehen müssen. Wir gehen viele kleine Schritte in die richtige Richtung.

Ja, es ist wahr, wir regieren zusammen mit den Sozialdemokraten. So einfach liegen die Dinge. Aber dabei müssen wir uns immer klar machen: Ohne uns gäbe es nicht viele kleine Schritte in die richtige Richtung. Aber mit uns, mit der Union, kommt Deutschland voran!

Nach der Weltmeisterschaft im eigenen Land, nach diesem einzigartigen Erlebnis der Gemeinschaft, des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, der Freude und der Weltoffenheit, sage ich es einfach in der Sprache des Fußballs. Ein Jahr seit der Bundestagswahl befinden wir uns in der 23. Minute eines Fußballspiels. Ja, wir haben schon einige tolle Tore geschossen. Ja, wir hatten einige gute Chancen, aber gewonnen? – gewonnen ist noch gar nichts.

Weitere 67 Minuten Spielzeit liegen vor uns. Es gibt viele weitere Möglichkeiten, Chancen für Deutschland herauszuholen. Und zu nutzen.

Wir müssen uns weiter anstrengen, nicht nur die ersten 23 Minuten zu gewinnen, sondern das ganze, das eigentliche Spiel. Meine Aufgabe als Teamchefin ist es dabei, dass es möglichst viele Chancen sind, die wir für Deutschland erkennen und nutzen.

Dabei muss die Christlich Demokratische Union es schaffen, die eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts zu erkennen, zu benennen und anzugehen. Diese eine Aufgabe entscheidet über die Zukunft unseres Landes.

Diese eine Zukunftsaufgabe ist und bleibt für mich die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft.

Ich sage ganz offen, ich komme zurück auf den Gedanken, der mich leitet, seit ich Parteivorsitzende bin. Ich weiß, viele von Ihnen haben skeptisch geschaut, als ich vor ein paar Jahren angefangen habe, von der neuen Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.

Ich weiß, mit meinem ersten Anlauf habe ich noch nicht alle überzeugen können. Auf den Begriff „neue“ Soziale Marktwirtschaft kommt es mir dabei nicht zu allererst an. Vielleicht nennen wir das in 20 Jahren neue Soziale Marktwirtschaft, internationale Soziale Marktwirtschaft, globale Soziale Marktwirtschaft oder weiter soziale Marktwirtschaft.

Wichtig ist: Wir dürfen uns um das Eigentliche nicht herumdrücken.

Gut fünf Jahre nach der Arbeit unserer Kommission neue Soziale Marktwirtschaft, ein Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung als Bundeskanzlerin bin ich überzeugter denn je: Es muss der Union gelingen, die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft wirklich anzugehen und zu bewältigen.

Das ist viel mehr als Rhetorik, Kommunikationstricks oder irgendwelche sprachlichen Spielereien. Das ist eine umfassende Aufgabe. Sie geht an den Kern politischen Handelns, in unserem, im 21. Jahrhundert.

Und, ja, es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Werte, die unser Land so stark gemacht haben: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Denn ich will, dass diese Werte auch im 21. Jahrhundert, im globalen Zeitalter, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gelebt werden können.

Und wir wissen: Viele Menschen haben Sorge und Zweifel, ob das gelingt, ob Politik noch genügend Einfluss, genügend Gestaltungskraft, hat. Ob die Soziale Marktwirtschaft überhaupt noch Erfolg haben kann.

Um sich die Dimension deutlich zu machen, um die es geht, ein kleines Beispiel: In Europa leben 450 Millionen Menschen, alleine in China und in Indien leben zusammen 2,4 Milliarden. Diese beiden Länder stellen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Kürzlich hat der chinesische Präsident bei einem Staatsbesuch in Indien gesagt, dass die Welt ein – ich zitiere – „wahrhaft asiatisches Jahrhundert sehen wird“, wenn Indien und China ihre gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten verwirklichen.

Dieses eine Beispiel zeigt die ganze internationale Dimension unserer Zeit. Ich bin überzeugt: Wir müssen es schaffen, die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich im 21. Jahrhundert zeigt, zu erkennen und zu nutzen.

Und ich bin überzeugter denn je: der politischen Kraft in Deutschland, der es gelingt, die Fähigkeit und die Bereitschaft aufzubringen, die Soziale Marktwirtschaft auf die dafür notwendige neue Stufe zu heben, sie also tatsächlich umfassend zu erneuern, der gehört die Zukunft.

Warum?

Ganz einfach, auf den Punkt gebracht: 1998, als wir in die Opposition gehen mussten und unsere programmatische Erneuerung begonnen haben, da waren die Probleme in unserer Wahrnehmung noch hauptsächlich deutsch. Zwar haben wir in der Analyse schon vieles darüber hinausgehende erkannt. Aber dennoch: Bei den Lösungen haben wir – verkürzt gesagt – deutsch gedacht.

Heute, 2006, sind sie – in der Analyse und der Lösung – tatsächlich global.

Das hat Folgen.

Darüber, ob wir in der Lage sind, aus den vielen richtigen Einzelmaßnahmen – vom Kombilohn über betriebliche Bündnisse für Arbeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bis hin zu einem vereinfachten Steuerrecht, einer Gesundheits- und Pflegeversicherungsreform, der Föderalismus II-Reform und vielen mehr – darüber, ob wir also in der Lage sind, aus all diesen vielen richtigen, zum Teil hart erstrittenen, Einzelmaßnahmen für unser Land ein Gesamtkonzept zu machen, das auch den globalen Ordnungsrahmen im Blick hat – darüber entscheidet sich die Zukunft unseres Landes.

Und nebenbei – darüber entscheidet sich auch die Mehrheitsfähigkeit einer der beiden Volksparteien. Darüber entscheidet sich, wer auch bzw. wieder in Zukunft 40 Prozent plus X erreichen wird.

[ . . . ]

In dem Moment aber, in dem die Wirtschaft globalisiert, entzieht sie sich zunehmend der bisherigen Ordnungsfunktion des Nationalstaates. Darin steckt eine politische Dramatik. Wirtschaftsunternehmen planen weltweit, Regierungen dagegen haben national das Wohl ihres jeweiligen Volkes im Auge zu behalten. Das Kapital fängt an zu wandern, entzieht sich den gewohnten nationalen Bewertungen, und plötzlich werden Dinge absolut gesetzt, die früher anderen ethischen Bewertungen unterlagen: zum Beispiel die Dividende am Ende des Jahres, der Aktienkurs und der Börsenwert.

Natürlich weiß ich, dass Unternehmen Gewinne brauchen. Aber was steht im Mittelpunkt?

Für uns Christdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt. Das war so und das muss so bleiben!

Das ist der Auftrag des christlichen Menschenbildes. Es hat um die Würde jedes einzelnen Menschen zu gehen!

Das kann gar nicht oft genug gesagt werden, denn die Dramatik der heutigen ökonomischen Herausforderungen ist mit den Umwälzungen zu vergleichen, die vor 200 Jahren die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte. Damals wurde die feudale Agrarwirtschaft von der modernen Industriegesellschaft abgelöst.

Es entstand die erste soziale Frage mit der Ausbeutung der Arbeiter, mit Kinderarbeit, Nachtarbeit von Frauen und großer Armut. Eine gültige und wirksame Antwort auf diese soziale Frage gelang nach vielen Irrwegen und katastrophalen Irrtümern erst der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht der Wechsel von Agrar- zur Industriegesellschaft war das Problem, aber es brauchte eine lange Zeit, bis der dafür menschliche Ordnungsrahmen entwickelt war: Die Soziale Marktwirtschaft.

Heute ist es die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, die den Gestaltungsanspruch der Politik im 21. Jahrhundert auf eine neue Probe stellt. Das weltweit verfügbare Wissen wächst explosionsartig. Neues Wissen veraltet gleichzeitig immer schneller. Moderne Datennetze ermöglichen eine rasche globale Verbreitung von Wissen und lassen neue Instrumente der internationalen Kapitalmärkte entstehen.

Die neue soziale Frage unserer Zeit hat deshalb mit der Frage des Zugangs und der Teilhabe der Menschen an diesen Entwicklungen zu tun. Und so kommen wir zu der zentralen politischen Herausforderung unserer Zeit: Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt, um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, den Früchten und dem Fortschritt unserer Gesellschaft zu ermöglichen?

Ich fürchte: Wenn diese Frage nicht schlüssig beantwortet wird, dann wird politisches Handeln angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit der Veränderungen den Entwicklungen immer nur hinterherlaufen. Dann wird Angst das vorherrschende Gefühl. Dann werden neue soziale Verwerfungen die Folge sein. Dann werden die Menschen nicht mehr an die Kraft der Politik glauben.

Liebe Freunde, ich bin überzeugt: genau das muss verhindert werden! Das ist wahrlich keine graue Theorie, das berührt das tägliche Leben der Menschen!

Eine Antwort bei uns zu Hause lautet für mich: Gerade in globalen Zeiten müssen wir neue Wege für mehr Beteiligungsgerechtigkeit finden!

Deshalb beraten wir auf diesem Parteitag das Konzept des Investivlohns, also Teilhabe des Arbeitnehmers an dem Wertzuwachs des Faktors Kapital. Nach 30 Jahren Diskussion ist jetzt die Zeit, das etwas gelingen muss.

Denn jeder wird gebraucht, keiner soll ausgegrenzt werden. Arbeit für alle muss das Kernstück sozialer Gerechtigkeit sein.

Doch die richtige Antwort darauf heißt gerade nicht Allzuständigkeit von Politik und Staat. Die richtige Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit besteht in einer Doppelstrategie der Politik. Sie muss an richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, das ist die Aufgabe der Politik.

[ . . . ]

Liebe Freunde, der Wille für politische Weichenstellungen ist stets mit zum Teil erbittertem Widerstand verbunden, zumindest mit Skepsis und Fragen: Verlieren die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ihre Gültigkeit, wenn wir von der neuen Sozialen Marktwirtschaft sprechen? Was soll das Neue an der neuen Sozialen Marktwirtschaft sein?

Noch einmal: Es geht mir nicht um den Begriff, sondern darum, ob wir den Kern unserer Herausforderung erkennen, ob wir die wichtigsten Themen anpacken.

Ich bin für das Machbare, aber auch das Machbare braucht eine Vision.

Deshalb werde ich nicht locker lassen, deutlich zu machen: Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards wird nicht nur nicht mutwillig preisgegeben. Die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren nicht nur nicht ihre Gültigkeit. Vielmehr verschafft erst das Erkennen des Neuen an der sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert wieder die Voraussetzung, dass genau diese Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft gelebt werden können.

Denn nur, wenn wir die alles verändernde internationale Dimension unseres Lebens erkennen, können wir sie gestalten. Globalisierung ist keine Naturkatastrophe. Sie kann gestaltet werden. Nur so eröffnet sich dem Menschen auch im 21. Jahrhundert die Chance auf Teilhabe. Auf Teilhabe durch Bildung, durch Arbeit, durch Kapital, auf Teilhabe an öffentlicher Sicherheit.

Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die heute alle im Mund führen, haben wir unterstützt, als noch viele gegen sie waren. Und das Stenographische Protokoll des deutschen Bundestages wies damals aus: „Lachen links“.

Auch für unser neues politisches Konzept werden wir wieder kämpfen müssen. Ich will, dass wir es sind, die mit einem umfassenden Konzept den Menschen die Angst nehmen. Damit nicht wieder Angstkampagnen à la Schröder eine Chance bekommen.

Die CDU hat immer die Kraft gehabt, schwierige Entscheidungen auch gegen viel Widerstand durchzutragen. Und am Ende hat sie davon auch als Partei profitiert.

Es war die Union, die die entscheidenden Wegmarken der Geschichte unseres Landes gesetzt hat.

Wir wissen: Ja, auch wir haben in den 90er Jahren zu spät und zu zögerlich mit den Reformen begonnen, aber die SPD hatte die Zeichen der Zeit überhaupt noch nicht erkannt. Die SPD hat sich immer gerne als gesellschaftliche Avantgarde verstanden. In Wirklichkeit war sie all zu oft die Nachhut!

Und, liebe Freunde, wenn es nach mir geht, kann es ruhig dabei bleiben!

[ . . . ]

Quelle: Angela Merkel, „Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands auf dem 20. Parteitag am 27. November 2006 in Dresden“,  
[www.politikerscreen.de/index.php/Common/Document/field/document/id/50757](http://www.politikerscreen.de/index.php/Common/Document/field/document/id/50757).